Eine andere Rohstoffpolitik ist nötig – Vor der Alternativen Rohstoffwoche fordert ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis konkrete Fortschritte im Koalitionsvertrag

geschrieben von Andreas | 12. Oktober 2017
Gemeinsame Pressemitteilung (Organisationen am Ende der PM genannt)

Berlin (10. Okt. 2017). Die deutsche Rohstoffpolitik muss grundsätzlich reformiert werden, wenn sie global gerecht und ökologisch tragbar werden soll. Dies fordert ein breites Bündnis von Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die sich im Arbeitskreis (AK) Rohstoffe zusammengeschlossen haben. Anlässlich der dritten Alternativen Rohstoffwoche (16. – 22. Okt.) formulieren die Organisationen Eckpunkte, die nach ihrer Ansicht in den neuen Koalitionsvertrag gehören.

„Als größter Importeur von Rohstoffen in der EU trägt Deutschland eine große Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen des weltweiten Rohstoffabbaus“, sagt **Michael Reckordt, Koordinator des AK Rohstoffe**. „Beim Abbau von Rohstoffen kommt es häufig zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen, auf die wir mit der Alternativen Rohstoffwoche hinweisen.“

„Menschenrechte müssen einen höheren Stellenwert als Profite haben“, sagt **Anna Backmann** von der **Christlichen Initiative**

Romero. „Daher muss im künftigen Koalitionsvertrag das Ja zu verbindlichen Regeln für Unternehmen stehen, die Rohstoffe abbauen oder entlang der Lieferkette weiterverarbeiten“, so Backmann weiter.

Antonia Reichwein von Germanwatch ergänzt: „Zudem muss die Senkung des Rohstoffverbrauchs für die neue Bundesregierung ein zentrales Ziel sein. Deshalb muss sie die Kreislaufwirtschaft zum Beispiel durch die längere Nutzung und Reparaturfähigkeit von Geräten stärken.“

„Außerdem muss der Tiefseebergbau grundsätzlich ausgeschlossen werden“, fordert **Francisco Marí** von **Brot für die Welt**. „Die Auswirkungen auf Umwelt und Menschen sind absolut unvorhersehbar und laufen dem Vorsorgeprinzip elementar zuwider. Die Bundesregierung muss sich hier den Forderungen der Zivilgesellschaft aus dem Pazifik anschließen und jegliche Förderung des Tiefseebergbaus einstellen.“

Hintergrund: AK Rohstoffe

Der Arbeitskreis (AK) Rohstoffe ist ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen. Hierzu gehören Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen wie Brot für die Welt, die Christliche Initiative Romero, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile / Lateinamerika, Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, das Ökumenische Netz Zentralafrika, PowerShift und Stiftung Asienhaus. Seit 2008 tauscht sich der AK Rohstoffe regelmäßig aus und diskutiert angesichts der negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus über Ansätze einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik. Seit Mai 2013 gibt es ein Koordinationsbüro in Berlin.

Hintergrund: Alternative Rohstoffwoche

Vom 16. bis 22. Oktober 2017 findet zum dritten Mal bundesweit die Alternative Rohstoffwoche statt. Die Veranstaltungen der

Alternativen Rohstoffwoche werden organisiert von Mitgliedern des Netzwerks AK Rohstoffe. Eine Übersicht findet sich online unter: http://alternative-rohstoffwoche.de

Bei zahlreichen Veranstaltungen in ganz Deutschland werden die globalen ökologischen und sozialen Auswirkungen des Rohstoffabbaus aufgezeigt und mit internationalen Gästen Alternativen und Möglichkeiten für einen gerechten und nachhaltigen Abbau, Handel und Verbrauch von Rohstoffen diskutiert.

Ziel ist es, auf die Auswirkungen des Rohstoffabbaus hinzuweisen. Deutschland ist abhängig vom Import von metallischen, mineralischen und fossilen Rohstoffen. Abgebaut werden diese Rohstoffe vor allem in Schwellenländern und Ländern des Globalen Südens, häufig unter Verletzung von Menschenrechten und auf Kosten der Umwelt. Die Bundesregierung berücksichtigt diese Auswirkungen nicht ausreichend und richtet ihre Politik einseitig an den Interessen der Industrie für eine erhöhte Versorgungssicherheit aus. Aufgrund der globalen Herausforderungen braucht es eine andere, eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Diese muss folgende Ziele haben: Menschenrechte effektiv schützen, Rohstoffverbrauch senken, Zivilgesellschaft schützen und stärken.

Dies ist eine gemeinsame Pressemitteilung von:

Brot für die Welt, Christliche Initiative Romero (CIR), Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile / Lateinamerika (FDCL), Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, Ökumenisches Netz Zentralafrika (ÖNZ), PowerShift, Stiftung Asienhaus.

Kontakte für Medien:

Michael Reckordt
PowerShift / AK Rohstoffe
Büro: 030 / 428 05 479

Mobil: 0151 / 211 676 18
E-Mail: michael.reckordt@power-shift.de

Anna Backmann
Christliche Initiative Romero (CIR)
Büro: 0251 / 67 44 13 26
E-Mail: backmann@CI-Romero.de

Antonia Reichwein
Germanwatch
Büro: 030 / 28 88 356 91
E-Mail: reichwein@germanwatch.org

oder **Stefan Küper** (Pressesprecher Germanwatch), Kontakt s.u. (am Vormittag per Handy)

–
Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org